

Attac Globalisierung und Krieg 2021/2022

2022

24. Dezember 2022 - Friedensbewegung in Deutschland: Weihnachtsanzeige

Diplomatie, Verhandlungen und globale Kooperation statt Konfrontation und weitere Kriegseskalation

Wir fordern einen dringend notwendigen Waffenstillstand in der Ukraine. Wir wenden uns entschieden gegen die von der großen Koalition aus SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU vorangetriebene Konfrontationspolitik und militärische Hochrüstung zur Führungsmacht in Europa. Die deutsche Regierung darf nicht länger mit Waffenlieferungen zur Kriegseskalation beitragen, sondern muss sich Macrons Vorstoß für Verhandlungen anschließen, die die berechtigten Sicherheitsinteressen aller, d.h. auch Russlands berücksichtigen.

Die Menschheit hat nur eine Überlebenschance, wenn global eine Weichenstellung für gemeinsame Sicherheit erfolgt. Ohne eine Zusammenarbeit mit Russland und China kann der sich anbahnenden Klimakatastrophe nicht begegnet werden.

Ein immer wahrscheinlicher werdender Atomkrieg bedroht uns alle. Der millionenfache Tod durch die Vielzahl weltweiter Kriege, die Zerstörung von Umwelt und Infrastruktur, Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen durch Militarisierung, aber auch durch Blockaden und Sanktionen sowie die Ausweitung von Armut und Umweltzerstörung dürfen nicht weiter zur Normalität gehören.

Für eine dazu notwendige Politik des Friedens, der Gerechtigkeit und internationalen Solidarität werden wir weiter aktiv sein und wollen neue MitstreiterInnen für einen wirklichen politischen Wandel gewinnen.

Abrüsten statt aufrüsten, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, das schafft Perspektiven für Entwicklung hin zu globaler und sozialer Sicherheit.

„Die Waffen nieder“ bleibt das Gebot der Stunde

Die AG Globalisierung und Krieg schließt sich der Erklärung der Friedensbewegung auf dem [Friedensratschlag 2022](#) an; am 24.12.2022 wird sie als Weihnachtanzeige u. a. im Neuen Deutschland und in der jungen Welt erscheinen.

6. Dezember 2022 - AG Globalisierung und Krieg: Erklärung der bundesweiten ATTAC-AG „Globalisierung und Krieg“ zum türkischen Angriffskrieg

Die bundesweite ATTAC-AG „Globalisierung und Krieg“ (BAG GuK) verurteilt die verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Bombardements im Rahmen der türkischen

Militäroffensive ‚Claw-Lock‘ auf Nord-Syrien und den Nord-Irak und fordert eine klare Verurteilung auch seitens der Bundesregierung gegenüber dem NATO-Mitglied Türkei. Die Türkei bombardierte am vergangenen Wochenende wieder Städte in Syrien und im Irak, darunter auch Kobanê, Shengal, Qamişlo sowie viele weitere Ziele in der Autonomen Administration Nord-Ostsyrien. Die Angriffe richten sich in Rojava gegen den gesamten 30 km tiefen und 700 km langen Grenzstreifen. Es ist eine groß angelegte Luftoperation, die nicht aus dem Nichts kommt. Seit Monaten haben Erdogan und der türkische Staat angekündigt, einen neuen Angriffskrieg zu starten. Erst am 18.10.2022 waren von den kurdischen Volksverteidigungskräften (HPG) 17 Identitäten preisgegeben worden als vermutliche Opfer eines türkischen Giftgasangriffes. Auch die Organisation *„Internationale Ärzt*innen zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung“* (IPPNW) berichtet von Indizien auf den türkischen Einsatz verbotener chemischer Waffen, die eine unabhängige Untersuchung durch die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) dringend erforderlich machen (#1). Von den Angriffen sind laut Meldungen der kurdischen Nachrichtenagentur ANF nicht nur Guerillakämpfer*innen betroffen, sondern auch Zivilist*innen. Auch eine Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages kommt zu der Einschätzung, dass das „Rechtfertigungsnarrativ der Türkei sich völkerrechtlich als kaum tragfähig“ erweist (#2). Bei den neuerlichen massiven Bombardements von Samstag- auf Sonntagnacht kamen wieder mehr als dreißig Menschen ums Leben.

Entgegen der Berichterstattung in den Hauptmedien, die hauptsächlich die transparenten Rechtfertigungsversuche des Erdogan-Regimes zitieren, galten die Angriffe eben weniger Stellungen der als terroristisch eingeordneten PKK, vielmehr zivilen Zielen wie Einrichtungen der Energie-, Gesundheits- und Nahrungsversorgung sowie Geschäften und Häusern. Etliche Zivilpersonen und ein Journalist sind nach verschiedenen Meldungen unter den Opfern.

Seit dem 24. Februar tönt uns täglich die Empörung über den Völkerrechtsbruch des russischen Angriffskrieges aus den Medien entgegen. Sicher nicht zu Unrecht. Nur: Was immer die Absichten Erdogans sein mögen, der Einsatz seiner Armee gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land ist schlimm genug. Aber wo steht geschrieben, dass er das Recht hat, seine Armee jenseits eigener Staatsgrenzen einzusetzen? Wo bleibt die mediale Skandalisierung dieses erneuten Völkerrechtsbruches?

Die türkische Regierung nutzt den furchtbaren Anschlag in Istanbul vom 13. November, um die Angriffe zu begründen, obwohl die Hintergründe dieses Anschlags noch vollkommen ungeklärt sind. Angesichts dessen erscheint es als Farce, dass ausgerechnet die Bundesinnenministerin Faeser in die Türkei gereist ist, um mit ihrem türkischen Amtskollegen über „Terrorismusbekämpfung“ zu reden, obwohl wir genau wissen, dass diese der türkischen Regierung immer wieder als Vorwand dient, um kurdische Städte anzugreifen, um Oppositionelle zu inhaftieren und demokratische Parteien zu verbieten. Apropos Terrorbekämpfung: Seit Jahrzehnten verbreiten türkische Regierungen Terror

gegen die kurdische Bevölkerung, im eigenen Land sowie jenseits ihrer Staatsgrenzen. Deren Opposition und Selbstverwaltungsbestrebungen passen nicht ins großtürkische Machtkalkül. Erdogan schreckt noch nicht einmal davor zurück, tatsächlich terroristische Kräfte aus den Reihen des IS für seine verbrecherischen Zwecke einzusetzen.

Aus dem gleichen Grund – Kampf gegen Opposition - erfolgen nun auch wieder Angriffe des Teheraner Regimes gegen Kurdengebiete im Nord-Irak. Die Beschwörung eines Feindes von außen ist eine uralte, transparente Taktik, von den eigenen Fehlentwicklungen im Inneren abzulenken.

Vor wenigen Wochen standen Frauen von den GRÜNEN bis zur CDU medienwirksam mit der Forderung "*Jin Jihan Azadi*" vor der Kamera, um sich mit den Frauen im Iran zu solidarisieren. "Frauen - Leben – Freiheit", das ist der Ausruf der Frauen in Rojhilat, im Nordirak wie in Rojava, die dabei sind, ein zukunftsweisendes Gesellschaftsmodell aufzubauen und geholfen haben, den IS zu besiegen, die aber nun gerade bombardiert werden.

Letzten Meldungen zufolge hat die türkische Regierung nun auch den Einsatz von Bodentruppen angekündigt.

Die deutsche Regierung muss ihr Schweigen endlich brechen und alle Angriffe auf Gebiete mit vorwiegend kurdischer Bevölkerung unmissverständlich verurteilen - eben gerade auch die ihres NATO-Partners Türkei.

Die BAG GuK fordert ein Ende der Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung und fordert den Stopp von Rüstungsexporten auch in die Türkei.

Die BAG GuK weist darauf hin, dass der entsprechende Luftraum unter Kontrolle der USA und (!) Russlands steht. Beide hätten die Macht, die Bombardements sofort zu beenden.

Die BAG GuK steht solidarisch an der Seite der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten und ruft zur Teilnahme an Solidaritätsveranstaltungen auf.

(#1) IPPNW, Bericht vom 12.10.2022

(#2) www.bundestag.de/resource/blob/896494/ffc70eb3fc4286a190efaebf52509eb9/WD-2-031-22-pdf-data.pdf

5. Dezember 2022, 19:00 Uhr - Tübingen, Gemeindehaus LAMM:

„Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg“

Wie kann der Ukraine-Krieg gestoppt werden?

Diskussionsveranstaltung mit

Peter Wahl, Autor, Gründungsmitglied von ATTAC

Helmut Lohrer, Arzt, IPPNW International Councillor

im Gemeindehaus LAMM, Am Markt 7, Tübingen

Veranstalter:

Gesellschaft Kultur des Friedens,

ATTAC Tübingen-Reutlingen,

Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen

Die jüngsten Ereignisse um den ukrainischen Raketeneinschlag in Polen und einer möglichen direkten Konfrontation zwischen Russland und der NATO haben gezeigt, wie nah wir an einer Eskalation des Ukraine-Krieges sind. Auch die Gefahr eines Einsatzes taktischer Atomwaffen ist nicht geringer geworden. Nach 9 Monaten Krieg in der Ukraine gibt es auch deshalb außerhalb der Friedensbewegung mehr und mehr Stimmen, die die Konfliktparteien zu Friedensverhandlungen aufrufen. Zuletzt von lateinamerikanischen Regierungen sowohl auf der COP27 in Ägypten als auch auf dem G20-Gipfel in Bali. In Deutschland forderte eine Gruppe von SPD-Abgeordneten bereits im August Verhandlungen mit Russland, der sächsische CDU-Ministerpräsident Kretschmer ein „Einfrieren“ des Konflikts. US-Generalstabschef Milley warnte vor einem zermürbenden Stellungskrieg, Kommentatoren in der New York Times raten dazu, die USA sollten kein Interesse an einem langen Krieg haben. Seit Monaten liegen Vorschläge einer vom Vatikan einberufenen Expertenkommission auf dem Tisch.

Vor diesem Hintergrund wollen wir diskutieren, wie die Kriegslogik aufgebrochen werden kann. Wir wollen im Sinne einer Friedenslogik fragen, wie die Chancen für Verhandlungen stehen, wer als Vermittler in Frage käme, wie die Konturen eines Verhandlungsfriedens aussehen und wie eine europäische Nachkriegsordnung aussehen könnte, die auch atomare Abrüstung umfasst. Denn lange genug wurde auf beiden Seiten immer weiter an der Eskalationsspirale gedreht, bis zur offenen Drohung mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen sollte die nationale Sicherheit bedroht sein. Dieser Wahnsinn muss gestoppt werden!

Kontakt: www.kulturdesfriedens.de

info@kulturdesfriedens.de

[[Folien des Inputs von Peter Wahl](#)]

26. November 2022 - International Peace Bureau:

Internationaler Appell für einen Waffenstillstand in der Ukraine über Weihnachten

Lasst uns für das diesjährige Weihnachts- und Neujahrsfest 2022/23, vom 25. Dezember bis zum 7. Januar, zu einem Waffenstillstand in der Ukraine aufrufen – als Zeichen der Menschlichkeit, Versöhnung und des Friedens.

Der weihnachtliche Waffenstillstand von 1914 inmitten des Ersten Weltkriegs war ein Symbol der Hoffnung und des Mutes. Er wurde von den Völkern der kriegsführenden Länder eigenmächtig vereinbart und führte zu einer spontanen Versöhnung. Das ist der Beweis, dass selbst in den gewalttätigsten Konflikten nach den Worten von Papst Benedikt XV “ die Kanonen zumindest in der Nacht, in der die Engel singen, schweigen können”.

Wir wenden uns an die Regierungen der Kriegsparteien: Lasst die Waffen schweigen. Schenkt den Menschen einen Moment des Friedens und öffnet den Weg zu Verhandlungen.

[[mehr](#)]

29.11.2022 IPPNW: **Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine**

26. November 2022, 17:00 Uhr - Berlin, Haus der Demokratie und Menschenrechte: Auftakt-Veranstaltung des Gedenkjahres:

75 Jahre Israel – 75 Jahre Vertreibung der Palästinenser (Nakba) – und kein Ende in Sicht

Der Koordinationskreis Palästina-Israel (KoPI) hat beschlossen, das 75. Jahr des Gedenkens an die NAKBA mit besonderen Veranstaltungen, vor allem auf regionaler Ebene, zu würdigen.

Damit soll der deutschen Bevölkerung zugleich deutlich gemacht werden, dass zum 75. Jahrestag der Gründung des Staates Israel, dem in 2023 in Deutschland sicherlich mit zahlreichen Jubelveranstaltungen gedacht werden wird, auch die Erinnerung an die Flucht und Vertreibung von 750.000 Palästinensern gehört, die bis heute anhält.

Mit

- Professor i.R. **Norman Paech**

"Die Teilungsresolution - eine immer noch offene Rechnung der UNO."

- Dr. **Sarah El Bulbeisi** (erkrankt)

„Was bedeutet die Nakba für die 2. Generation Palästinenser*Innen in Europa - eine persönliche Sicht und ein Ausblick auf die Zukunft.“

- **Jonas Abou Zaher**

„Die NAKBA aus Sicht der Enkel-Generation“

Der palästinensische Lautenspieler **Omran Taha** begleitet die Veranstaltung mit musikalischen Bildern von Palästina

Veranstalter:

[Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel](#) | Für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden

Video-Aufzeichnung [[bei PublicSolidarity](#)] [[bei YouTube](#)]

11.11.2022 actTVism, Video-Interview mit Dr. Shir Hever: **Vertuschung durch die GEW**

30.11.2022 **Norman Paech zum Bericht** der „Internationalen Untersuchungskommission der besetzten palästinensischen Gebiete einschließlich Ost-Jerusalem und Israel“

vom 14. September 2022, UNGA A/77/328

bis 20.03.2023: Europäische Bürgerinitiative "**Verbot des Handels mit illegalen Siedlungen**"

16. November 2022, 19:00 Uhr - Online-Veranstaltung (mittels ZOOM): Debattenkultur und politische Abgrenzungen in der Friedensbewegung

Aufgrund der sich neu formierenden Protestbewegungen gegen die dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Wirtschaftskrieges gegen Russland werden

friedenspolitische Forderungen in neuen Konstellationen vorgetragen. Damit werden auch Abgrenzungsdebatten reaktiviert, wie sie seit der Ukraine-Krise 2014 mit Schlagwörtern wie Rechtsoffen, Verschwörungstheoretiker und Querfront erfolgen. Aktuell betrifft dieses vor allem die Zusammenarbeit mit Kräften, die aus der Kritik an der Coronapolitik der Bundesregierung hervorgegangen sind.

Wir wollen mit unserem Webinar einen Prozess anstoßen, mit dem eine Reflexion über eigene Grundsätze und daraus resultierende Kriterien für eine Zusammenarbeit bei neuen Protestbewegungen erfolgen kann. Dieses muss einher gehen mit einer Wiederherstellung der früheren Debattenkultur. Als einleitende Beiträge sind vorgesehen:

- **Christiane Reymann** hat als Publizistin seit 2014 die Diffamierungskampagne gegen die Mahnwa- chenbewegung verfolgt und kann auf die Entwicklungen bis heute verweisen.
- **Karl-Heinz Peil** hat bereits 2017 eine umfassende Ausarbeitung verfasst unter dem Titel "Ist der anti-faschistische Konsens in der Friedensbewegung gefährdet?" und verfolgt als verantwortlicher Redakteur des FriedensJournals laufende Debatten.
- **Hannes Hofbauer** hat sich in seinem jüngsten Buch "Zensur" mit der institutionalisierten strategischen Kommunikation von EU und NATO befasst.

Moderation: **Reiner Braun**

Veranstalter:

[Initiative Frieden-Links](#)

Bitte im voraus registrieren unter:

<https://us02web.zoom.us/meeting/register/tZEscumorj8sHdLvtzvziRKWqOmltLV0FLv3>

Nach der Anmeldung wird automatisch eine Bestätigungs-E-Mail zugesandt.

Kontakt:

Karl-Heinz Peil, info@frieden-links.de

[[Flyer](#)

2. November 2022, 19:00 Uhr - Berlin, Haus der Menschenrechte:



Der Krieg, das Klima und die EU

Die EU gehört schon jetzt zu den Verlierern des Ukraine-Krieges. Ihre Pläne zur „strategischen Autonomie“ sind Makulatur, seitdem die USA ihre Führungsrolle für den Westen wieder gefestigt haben. Und das nicht nur beim Thema Russland, sondern auch gegenüber China.

Gleichzeitig ist die EU von den Auswirkungen des Wirtschaftskrieges in aller Härte betroffen. Statt Vorreiter im Kampf gegen die Klimakatastrophe zu sein, gibt es eine Renaissance von AKWs und fossilen Brennstoffen.



**Vortrag und Diskussion
über diese Zusammenhänge,
ihre Hintergründe
und emanzipatorische Alternativen**

**mit Peter Wahl
Publizist und
Mitbegründer von Attac**

Mittwoch, 02. November 2022, 19:00 Uhr

Robert-Havemann-Saal
im Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

... vor der **COP 27**

[**PDF**]

Video-Aufzeichnung]

Bitte auch die über "... mehr" erreichbaren Ausführungen und Link-Hinweise beachten!

[**Video-Aufzeichnung**]

Bitte auch die über "... mehr" erreichbaren Ausführungen und Link-Hinweise beachten!

bzw. die Aufzeichnung des **Vortrags** und der **Diskussion**

1. Okt. 2022 in Berlin, Bremen, Frankfurt, Hamburg, Kassel, Köln, München, Stuttgart, ...

Aufruf zum bundesweiten dezentralen Aktionstag am 1. Oktober 2022:

Keinen Euro für Krieg und Zerstörung!

Statt dessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!

Stoppt den Krieg! Verhandeln statt Schießen!

Für das Erreichen dieser Ziele verlangen wir Abrüstung statt Aufrüstung und die Abkehr von jeglicher kriegerischer Eskalation!

Die bundesweiten Netzwerke „Bundesausschuss Friedensratschlag“ und „Kooperation für den Frieden“ rufen gemeinsam die Bevölkerung auf, sich am bundesweiten dezentralen Aktionstag zu beteiligen und entschieden den Politikwechsel hin zu Frieden und Abrüstung zu fordern.

[**Flyer**]

11:55 Uhr in **Frankfurt**, vor der Hauptwache (David und Goliath),
mit Kundgebungen vor den Wahlkreisbüros der Frankfurter
Bundestagsparteien
von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen.

11:55 Uhr in **Stuttgart**, **Arnulff-Klett-Platz**, danach Kundgebung auf dem Schlossplatz

13:00 Uhr in **München**. Rotkreuzplatz zum Georg-Freundorfer-Platz

[**weitere ...**] [**Übersicht**]

[Aufruf der BAG Globalisierung und Krieg (in **Farbe**, in **s/w**)]



Verhandeln statt Schießen!

Aufruf zum bundesweiten dezentralen Aktionstag am 1. Oktober 2022

Keinen Euro für Krieg und Zerstörung!

Statt dessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!

Stoppt den Krieg! Verhandeln statt Schießen!

Für das Erreichen dieser Ziele verlangen wir Abrüstung statt Aufrüstung und die Abkehr von jeglicher kriegerischer Eskalation!

Die bundesweiten Netzwerke „Bundesausschuss Friedensratschlag“ und „Kooperation für den Frieden“ rufen gemeinsam die Bevölkerung auf, sich am bundesweiten dezentralen Aktionstag zu beteiligen und entschieden den Politikwechsel hin zu Frieden und Abrüstung zu fordern.

Wir fordern

- **Waffenstillstand und Verhandlungen – Waffenlieferungen eskalieren und verlängern den Krieg – nur Diplomatie, Dialog und Kooperation können den Krieg in der Ukraine und die Kriege überall auf der Welt beenden und weitere verhindern**
- **Gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Ukraine**
- **Keine 2% des Bruttoinlandsprodukts für den jährlichen Rüstungshaushalt sowie Umwidmung des 100 Milliarden Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung**
- **Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung**
- **Internationale Kooperation in Europa und weltweit als Grundlage für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit und zur notwendigen Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Armut**
- **Stopp der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzblockaden, unter denen die Menschen weltweit leiden**

Aktionen/Termine s. <https://verhandeln-statt-schiessen.de>

23. und 24. Sept. 2022 -

Frankfurt a. M., Tagung der AG Globalisierung und Krieg:

Wege zum Frieden

Den globalen Krieg verhindern!
Abrüsten statt Aufrüsten!

Freitag 23.9.2022

19.00 - 21:30 Uhr

Saalbau Südbahnhof, Frankfurt/Main

Hedderichstraße 51, 60594 Frankfurt/Main

Eröffnungsveranstaltung -

Podiumsgespräch

Hybrid-Veranstaltung

Wiltrud Rösch-Metzler

pax christi, Sprecherin der Kooperation für den Frieden

Michael von der Schulenburg

früherer UN- und OSZE- Diplomat

Moderation: Peter Wahl

Samstag 24.9.2022

10:30 - 18:00 Uhr

Saalbau Gallus, Frankfurt/Main

Frankenallee 111, 60326 Frankfurt/Main

Ganztägige Seminarreihe

mit Arbeitsgruppen

Präsenzveranstaltung / Streaming geplant

Arbeitsgruppen mit Impulsgebung von

Claudia Haydt, Regina Hagen, Peter Wahl, Lukas Zeise,

Franciso Mari und NN von attac BAG Europa

Organisation und Veranstalter: Attac BAG Globalisierung&Krieg

Weitere Informationen: www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg

Mitveranstalter: attac BAG Europa, attac Würzburg, IPPNW, DFG-VK Frankfurt,
Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt, Kooperation für den Frieden

V.i.S.d.P.: Martina Jäger, Bergstraße 48, 97076 Würzburg / tagung-attac@posteo.de

[[weitere Informationen](#)] [[Anmeldung](#)]

[[Streaming am Freitag, 23.9.2022](#)]

[[Dokumentation](#) (Videos und Broschüre)

2. Juli 2022, 14:00 Uhr - Berlin, Bebelplatz:

Wir zahlen nicht für eure Kriege!
**100 Milliarden für
eine demokratische
zivile & soziale
Zeitenwende**



DEMO
2. Juli '22
Berlin
Bebelplatz
14 Uhr

03.06.2022 Berlin, Kundgebung für Frieden und Abrüstung:

Nein zum 100 Milliarden Euro-Rüstungsprogramm für die Bundeswehr!

Abrüsten statt Aufrüsten!

10.06.2022 Berlin, Demonstration:

Nein zum 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr!

Bundesrat muss Grundgesetzänderung ablehnen!

14.06.2022 Vortrag von Lühr Henken: Was tun gegen Milliardenaufrüstung und Krieg in Europa?

23.06.2022 junge Welt, Kristian Stemmler: **Kampftag in »Zeitenwende«**

24.06.2022 PM zu Demonstration am 2.7.2022 ([PDF](#))

29.06.2022 NachDenkSeiten, Tobias Riegel:

Raus auf die Straße: Die schlimme „Zeitenwende“ muss aufgehalten werden

03.07.2022 PM mit Bericht über die Demonstration am 2.7.2022 ([PDF](#))

2. Juli 2022, 14:00 Uhr - Schweinfurt, Marktplatz:



Schweinfurter und Würzburger Friedensgruppen

unterstützen in Unterfranken die Berliner Demo am 2. Juli:

Macht, was zählt - Frieden schaffen ohne Waffen!

Friedensbewegte sind eingeladen, nach Schweinfurt zu kommen!

Da es für viele ein sehr großer Aufwand ist, nach Berlin zu fahren, wollen wir uns zur gleichen Zeit, wie in Berlin, in Schweinfurt auf dem Marktplatz treffen, um gegen diese unverschämte, ungerechtfertigte Hochrüstung der Bundeswehr zu protestieren.

Mit dem mehrheitlichen Beschluss des Bundestags und Bundesrats eines 100-Milliarden-EURO-Aufrüstungsprogramm im Grundgesetz zu verankern wächst die Notwendigkeit einer zivilen Zeitenwende. Denn die Aufrüstung löst keine Probleme. Im Gegenteil: sie verschärft soziale Ungleichheit und internationale Spannungen. Die Militarisierung der Gesellschaft und des Denkens führt zu nichts als zu kultureller Verrohung. Diese 100 Milliarden für Rüstungsprofite werden stattdessen dringend in allen sozialen Bereichen benötigt.

Die Aufrüstungspolitik ist grundfalsch und hochgefährlich, weil sie Russlands Angriff auf die Ukraine mit fortschreitender Militarisierung zu beantworten versucht statt mit sozialem Fortschritt zur Mehrung des Allgemeinwohls zu führen. Bundesweit greifen nun Organisationen und Aktive aus den sozialen Bewegungen, aus Gewerkschaften, Kirchen und auch von Sozialdemokrat*innen und Mitgliedern der Grünen für Abrüstung statt Aufrüstung und soziale Verbesserung ein, am 2. Juli wird dafür eine Friedensdemonstration in Berlin stattfinden.

Zu den Mitveranstalter*innen gehören neben DFG-VK die IPPNW, pax christi Deutschland, Ohne Rüstung Leben, DFG-VK Gruppen und Landesverbände, attac Globalisierung und Krieg und viele Weitere - doch zu einem richtigen Erfolg kann die Demo nur mit dir werden!

Organisation:

DFG-VK Schweinfurt

Mitveranstalter;

DFG-VK Würzburg,

Attac Würzburg

weitere Gruppen kommen hinzu

[[Bericht von der Demonstration](#)]

7. Februar 2022 - Initiative „Nie wieder Krieg!“:



Ukraine-Krise:
Friedenspolitik
statt Kriegshysterie!

Die Krise um die Ukraine hat sich zur ernststen Bedrohung des Friedens in Europa zugespitzt.

Initiatoren:

Hugo Braun (Attac),

Reiner Braun (International Peace Bureau),
Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung),
Ralf Krämer (Sozialistische Linke in der Partei Die Linke),
Willi van Ooyen (Friedens- und Zukunftswerkstatt),
Christof Ostheimer (Bundesausschuss Friedensratschlag),
Peter Wahl (Attac)

Aufruf „Friedenspolitik statt Kriegshysterie“

Die Krise um die Ukraine hat sich zur ernststen Bedrohung des Friedens in Europa zugespitzt.

Eine einseitige **Schuldzuweisung an Russland, wie sie von einigen westlichen Regierungen und in den großen Medien vorgenommen wird, ist nicht gerechtfertigt** und nimmt zunehmend den Charakter von Kriegspropaganda an.

Trotz der Militärmanöver in der Nähe zur Ukraine **hat Russland kein Interesse an einem Krieg**, der für alle Seiten katastrophale Folgen hätte. Es stehen ähnlich viele Soldaten auf der ukrainischen Seite und bedrohen die von pro-russischen Rebellen kontrollierten Gebiete in der Ostukraine. Auch ohne kriegerische Absicht besteht angesichts der angespannten Situation die Gefahr, dass eine Provokation zum Funken wird, der das Pulverfass explodieren lässt.

Es ist ein legitimes Sicherheitsinteresse Moskaus, dass die **Osterweiterung der NATO**, die seit 1999 immer näher an die russischen Grenzen heranrückt, nicht auch noch auf die Ukraine ausgedehnt wird. Das würde die Vorwarnzeit für Moskau bei einem Angriff mit Atomraketen auf 5 Minuten verkürzen.

Die aktuelle Krise ist Teil eines globalen und seit längerem bestehenden Konflikts, dessen Wurzeln im Anspruch der USA liegen, „*dass Amerika wieder die Welt führt*,“ wie es der US-Präsident formuliert. Die europäischen NATO-Partner schließen sich dem mit einigen Nuancierungen als Juniorpartner an. Dagegen lehnen andere, darunter Russland, eine westliche Dominanz ab und wollen als gleichberechtigte Partner in einer multipolaren Weltordnung respektiert werden.

Es ist an der Zeit, dass das Prinzip der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit wieder akzeptiert wird, wie es bereits im Kalten Krieg anerkannt wurde. Im Atomzeitalter kann keine Seite ihre Sicherheit auf Kosten der anderen erhöhen. Sicherheit gibt es nur gemeinsam. Dauerhafter Frieden mit Russland erfordert daher eine gesamteuropäische Friedensordnung.

Erste Schritte müssen eine Demilitarisierung entlang der russisch-ukrainischen Grenze und an den Grenzen zwischen Russland und der NATO sein, sowie die Umsetzung des Abkommens von *Minsk II*. Es sieht einen Waffenstillstand vor, Dialog der Konfliktparteien und einen Sonderstatus der Regionen Donezk und Luhansk innerhalb der Ukraine. **Durch einstimmigen UN-Sicherheitsratsbeschluss hat Minsk II auch verbindlichen Völkerrechtsstatus**. Die Umsetzung wird jedoch hauptsächlich von der Ukraine blockiert.

Sanktionen werden an dem Konflikt nichts ändern. Sie schädigen sinnlos sowohl Russland als auch die anderen europäischen Länder.

Kräfte, die mit aggressivem Nationalismus und Revanchismus die Spannungen anheizen, müssen auf allen Seiten zurückgedrängt werden.

Propagandakrieg, Säbelrasseln, Sanktionen und Aufrüstung müssen aufhören.

Stattdessen brauchen wir Deeskalation und Diplomatie. Dies umso mehr, als die globale Bedrohung durch Klima- und Umweltkatastrophen nur durch internationale Kooperation abgewendet werden kann.

Wir fordern:

- Konkrete Schritte zur Deeskalation, keine militärischen Lieferungen an Kiew,
- Schluss mit Kriegsrhetorik, Konfrontationspolitik und Sanktionen gegen Russland;
- Aktives Eintreten für die Umsetzung des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens Minsk II;
- Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit;
- Aktives Eintreten für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.

[[mehr und online-unterschreiben](#)] [[FaceBook](#)] [[Zeitung gegen den Krieg #50](#)] [[Fassung vom 7. März 2022](#)]

[[Vorschlag der AG Globalisierung und Krieg](#) für die Attac-Rats-Sitzung am 12.3.2022, dort abgelehnt]

[[Flyer der AG Globalisierung und Krieg](#)]

[Hintergrundpapier der AG Globalisierung und Krieg "[Der Ukraine-Krieg und seine geopolitischen Hintergründe](#)"]

[[Erklärung der AG Globalisierung und Krieg zum 8. Mai 2022 \(in Englisch \)](#)]

[Hans-Jürgen Kleine: [Interessen der Ukrainischen Bevölkerung - Beitrag zur Frage der sozialen Beziehungen im Krieg](#)]

[Michael Tellmann: "[Wie Europa als Schlachtfeld globaler Großmacht Konkurrenz verhindern?](#)"]

[Matthias Jochheim: "[Den Krieg in der Ukraine stoppen!](#)"]

[Daniela Dahn, Konstantin Wecker u.v.a.m.: [Offener Brief an Bundeskanzler Scholz](#)]

[[@BZ](#)] [[@jW](#)] [[@GuK](#)]

[Webinar zum Ukrainekrieg: [Wirtschaftssanktionen - für wen? wozu? Wirtschaftskrieg als Teil des Krieges](#)]

[Raphael Müller: [Globale Hungerkatastrophe](#)]

[Bundesausschuss Friedensratschlag (Juni 2022): [Hintergründe und Lösungsperspektiven des Ukraine-Krieges](#) (PDF)]

[IPPNW (Juli 2022): [Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine](#)]

[Initiative "Nie Wieder Krieg": [Erläuterung zum Jahrestag des russischen Einmarschs in die Ukraine](#)]

Hintergrundinformationen und Stellungnahmen zum Thema ([in Deutsch](#))

- ... [in Englisch](#)
- ... [in Französisch](#)
- [Transkript-Dokumentation öffentlich gehaltener Reden und Vorträge](#)
... [in Englisch](#)
- [Audio-Aufzeichnungen zum Thema \(\[in Deutsch\]\(#\) \)](#)
- ... [in Englisch](#)
- [Video-Aufzeichnungen zum Thema \(\[in Deutsch\]\(#\) \)](#)
- ... [in Englisch](#)

27. Januar 2022, 11:00 Uhr - Berlin, Platz vor dem neuen Tor 1:

Kundgebung:

SAGT NEIN ZU BEWAFFNETEN DROHNEN!

[[Flyer \(Vorderseite\)](#)] [[Flyer \(Rückseite\)](#)]

[[Fotos](#)] [[Video-Aufzeichnungen: kurz \(8 min\)](#) [lang \(52 min\)](#)]

11.01.2022 [Offener Brief der Drohnen-Kampagne \(PDF\)](#)

22.01.2022 [Brief der Kooperation für den Frieden](#)

25.01.2022 [Mitmach-Appell: Kein Grünes Licht für Kampfdrohnen](#)

Die Drohnen-Kampagne – seit 2013 mit 150 Unterstützer-Gruppen



Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr

Ende November 2021 hat der „Ampel“-Koalitionsvertrag festgelegt, die Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen während dieser Legislaturperiode zu „ermöglichen“. Aber die Diskussion ist nicht beendet. Denn schon beim SPD-Bundesparteitag am 11. Dezember 2021 haben Delegierte es geschafft, wieder die Tür zu einer neuen Debatte in der SPD über die Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen zu öffnen.

Ob diese Tür aufbleibt, haben auch die Delegierten zum digitalen Parteitag von Bündnis 90/ Die Grünen am 28./29. Januar 2022 in der Hand. Mitglieder der grünen Basis haben den Antrag A-06 „Aufrüstungsspirale beenden: Entschiedene Friedenspolitik statt Drohen mit Drohnen!“ zur Abstimmung gestellt, der die grünen Bundesminister*innen und den Parteivorstand verpflichtet, „in dieser Legislaturperiode keine bewaffneten Drohnen anzuschaffen und keine vorhandenen Drohnen zu bewaffnen“.

Wir wollen diesen Antrag mit allen Kräften unterstützen!!!

Kundgebung

SAGT NEIN ZU BEWAFFNETEN DROHNEN!

27. Januar 2022 um 11 Uhr

Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen
Platz vor dem neuen Tor 1, 10115 Berlin

Weitere Informationen: www.drohnen-kampagne.de & www.drohnen-kampagne.org
Kontakt & Presse: kontakt@drohnen-kampagne.org



FRIEDENSKOORDINATION BERLIN
Netzwerk gegen Krieg seit 1980

V.L.S.d.P.: Laura von Wimmersberg, Hauptstraße 37, 10827 Berlin

22. Januar 2022 - Berlin-Prenzlauer Berg, Kollwitz-Platz:

Infostand und Kundgebung:
1 Jahr UN-Atomwaffenverbotsvertrag

[[Aufzeichnung der Rede von Werner Ruhoff \(DFG-VK\)](#)] [[alternativ](#)]

2021

31. Oktober 2021, 11:00 Uhr - Frankfurt, Gewerkschaftshaus:

20 Jahre NATO-Krieg in Afghanistan - eine vorläufige Bilanz

Konferenz der Friedensbewegung, gemeinsam mit den Attac-Mitgliedsorganisationen IPPNW, Pax Christi und Informationsstelle Militarisierung (IMI), sowie der Friedens- und Zukunftswerkstatt/Ffm und dem Netzwerk Kooperation für den Frieden.

Kritische Darstellung der Hintergründe und Motive, des Verlaufs, der Folgen des NATO-Kriegs in Afghanistan sowie der zu fordernden Konsequenzen für die deutsche und internationale Politik. Mit Vorträgen, im Plenum und in Workshops,

Corona-bedingt werden nach aktuellem Stand nur etwa 50 Teilnehmer*innen im Saal Platz finden können, **rasche Anmeldung ist also zu empfehlen**. Es besteht aber auch die Möglichkeit der Online-Teilnahme.

[[Flyer](#)] [[Programm](#)] [[Anmeldung](#)] [[Abschlusserklärung](#)] [[Bericht](#)]

2. Oktober 2021, 14 Uhr - Nürnberg, Nachbarschaftshaus Gostenhof:

Tagung als Präsenz- und online-Veranstaltung:

"Entspannungspolitik oder Konfrontation mit Russland?"

Referent: **Andreas Zumach**, Journalist, Genf

im Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein Str. 6 in 90429 Nürnberg.

Veranstaltet von:

Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk, DFG-VK LV Bayern, Friedensmuseum Nürnberg, Attac Würzburg.

14:00 Uhr Begrüßung

14:10 Uhr Referat: Andreas Zumach (Journalist, Genf)

Anschließend Aussprache

15:30 Uhr Kaffeepause

16:00 Uhr Arbeitsgruppen AG

1: Politische und ökonomische Aspekte. mit Andreas Zumach AG

2: Militärische Aspekte. Input: Thomas Rödl, Sprecher DFG-VK Bayern AG

3: Feindbild Russland. Input: Martina Jäger, DFG-VK und attac Würzburg

18:00 - 19:00 Uhr: Austausch der Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Diskussion

Anmeldung für die Präsenzveranstaltung wird erbeten:

Bayern@dfg-vk.de (Thomas Rödl)

Teilnahme über Internet möglich unter <https://youtu.be/GQUNDkiW9jo>

Video-Aufzeichnungen zum Nachhören:

[[invidious-jp](#)] [[yewtu.be](#)] [[youtu.be](#)]

30. April bis 2. Mai 2021 - Aschaffenburg, Berlin, Ramstein:

Freitag:

15:00 Uhr **Ramstein-Miesenbach** ([Stars & Stripes](#))

Air Base Ramstein, [Fahrradmarathon gegen weltweite Militärbasen und Drohnenkrieg](#)
bis Samstag 15:00 Uhr

Samstag:

10:00 Uhr **Aschaffenburg-Miltenberg**, Parkplatz LINDE, Schweinheimer Straße,
Anschließend Demo-Zug zur DGB-Kundgebung (Theaterplatz) [[Flyer](#)]

11:00 Uhr **Berlin**, 11 Uhr, Hackescher Markt vor der DGB-Bundeszentrale
"Gemeinsam gegen die Krise!"

Air Base Ramstein, [Fahrradmarathon gegen weltweite Militärbasen und Drohnenkrieg](#)

Sonntag:

14:00 Uhr **Berlin**, [Kundgebung am Brandenburger Tor / Pariser Platz](#)

Zulassung für russische, chinesische und kubanische Impfstoffe
und Medikamente zur Bekämpfung von Covid-19

16:00 Uhr **Berlin**, Kundgebung am Brandenburger Tor / Pariser Platz

Kein Krieg der USA und der Ukraine gegen den Donbass und Russland!

Schluss mit Drohnenangriffen auf Zivilisten!

Gerechtigkeit für die Opfer des Massakers von Odessa 2014!

Mit einem Überlebenden des Odessa-Massakers.

29. April, 19:00 Uhr - Attac AG Globalisierung und Krieg:

Schluss mit dem Wirtschaftskrieg gegen Kuba!

Online-Vortrag (mit [BBB](#)) und Diskussion mit **Norman Paech**

Seit ca. 60 Jahren setzen die USA eine umfassende Wirtschaftsblockade gegen Kuba durch. Die Blockade trifft vor allem die Zivilbevölkerung, was ja auch bezweckt wird, und ist völkerrechtswidrig. Die US-Regierung hat im April 1960 als Ziel der Blockade »das Provozieren von Enttäuschung und Entmutigung durch wirtschaftliche Not« vorgegeben. Das Verbot von Lieferungen und Geldzahlungen solle Kubas »Ökonomie schwächen, zu sinkenden Einkommen führen, Hunger, Elend und Verzweiflung erzeugen und so zum Sturz der Regierung beitragen«. Seit 1992 wird diese Blockade von der UN-Vollversammlung verurteilt und die Aufhebung aller Sanktionen gefordert. Auch Deutschland und die EU sehen in der Blockade einen groben Verstoß gegen das Völkerrecht. Aber trotzdem kuschen sie vor den USA. Prof. Dr. Norman Paech ist emeritierter Professor für Völkerrecht an der Universität Hamburg. Der Vortrag wird angeboten im Rahmen der Kampagne #UnblockCuba www.unblock-cuba.org

Veranstalter: Attac Bundesarbeitsgemeinschaft Globalisierung und Krieg

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg>

Online-Zugang mit BBB: <https://vk.attac.de/b/ag--1aa-hqy-uzs>

Einwahl bereits um 18.40 Uhr, wenn jemand noch Hilfe braucht beim Umgang mit **BBB**.

28. April 2021 - Berlin, am Brandenburger Tor:

Kundgebung von Gruppen der Berliner Friedenskoordination:

Stoppt den Krieg der Ukraine gegen den Donbass!

Stoppt die Konfrontationspolitik gegen Russland!

Wir protestieren

gegen die antirussische Hetze und Desinformation

gegen das Sabotieren der Minsker Friedensvereinbarung durch Kiew und Berlin

gegen das NATO-Manöver Defender 2021 an Russlands Grenzen

Wir tragen die Aggressionspolitik gegen Russland nicht mit!

[[11 Fotos](#)]



21. März 2021 - Günter Küsters:

Feindbild China

Die aktuellen Zuspitzungen und Chinas außenpolitische Prinzipien

Folien eines Online-Vortrags in einer Kleingruppe auf dem Frühjahrsratschlag 2021

8. März 2021 - Matthias Jochheim:

Beitrag von zum Attac-Frühjahrsratschlag 2021:

Sozialökologische Transformation – Frieden und Abrüstung

Von Aufrüstung, Kriegen und Kriegsmanövern zu einer stabilen Friedensordnung, gemeinsamer internationaler Sicherheit und Zusammenarbeit zur Bewältigung der globalen Menschheitsprobleme

[[mehr](#)]

27. Januar 2021 - Attac-AG Europa / Attac-AG Globalisierung und Krieg:

Aus Anlass des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee, haben die bundesweiten Attac-Arbeitsgruppen "Globalisierung und Krieg" sowie "Europa" eine Erklärung unter dem Titel

„Nein zu Rassismus, Antisemitismus, Feindbildproduktion und Geschichtsklitterung“

veröffentlicht. Darin heißt es, dass das Gedenken an die Verbrechen Nazideutschlands auch heute die Verpflichtung bedeutet, sich gegen die Tendenzen zur Wehr zu setzen, die schon zu Auschwitz geführt haben: Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und andere menschenverachtenden Ideologien.

Scharfe Kritik übt die Erklärung an der immer stärkeren Feindbildproduktion in den internationalen Beziehungen, mit Russland und zunehmend auch China als Hauptzielscheiben, die zur ideologischen Rechtfertigung eines neuen Kalten Krieges dienen. Die Erklärung wendet sich auch gegen Geschichtsklitterung als Teil der Erzeugung von Feindbildern, wie sie z.B. in der Resolution des EU-Parlaments vom 19.9.2019 zum Ausdruck kommt. Deren Behauptung, durch den Hitler-Stalin-Pakt, abgeschlossen eine Woche vor Kriegsbeginn, seien die Weichen für den Zweiten Weltkrieg gestellt worden, ist eine absurde Verfälschung der Vorgeschichte des Krieges.

[[Erklärung](#)]

09.02.2021 [Clare Daly, irische Abgeordnete der Linksfraktion im EP zu Russland](#)
(in Englisch mit UT in Deutsch, [YouTube](#))

11.02.2021 Gabi Bieberstein, Matthias Jochheim, Peter Wahl:
["Erinnerungskultur, Feindbilder und neuer Kalter Krieg"](#)

22. Januar 2021 - weltweit:

An diesem Tag tritt das UN-Atomwaffenverbot in Kraft.

Damit sind Atomwaffen völkerrechtlich geächtet, illegal, verboten. Ein guter Start in das neue Jahrzehnt!

[[International Action Day](#)] [[Aktions-Webseite](#)] [["Mayors for Peace"](#)]

[[Petition "Atomwaffen ächten!"](#)] [Appell an Bundesregierung ([zum Ausdrucken](#))]

22.01.2021 10:00 Uhr - Berlin, vor dem Kanzleramt: Foto-Aktion [[FriKo Berlin](#)] [[Uwe Hirsch](#)]

22.01.2021 Kaiserslautern: [Flaggenhissung am Kaiserslauterer Rathaus](#)

22.01.2021 11 bis 12 Uhr - Kiel, vor dem Rathaus: Feiernmahnwache

22.01.2021 12:00 Uhr - Kiel, Rathaus: Hissen der "Mayors-for-Peace"-Flagge

22.01.2021 - Volkel (NL), Atomwaffen-Stützpunkt: Waarschuwing Kernwapens [[Fotos](#)]

23.01.2021 14:00 Uhr - München, Marienplatz: [Kundgebung](#)

2. bis 11.2.2021 - [Aktion mit Werbetafeln](#) "Atomwaffen sind jetzt illegal"

Mehr zum Thema:

07.07.2017 UN-Vollversammlung: [Vertragstext](#)

24.10.2020 ICAN-Hintergrund: Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) tritt in Kraft ([PDF](#))

16.01.2021 Pressenza: [Schluss mit dem Atomwaffenzeitalter!](#)

21.01.2021 Sevim Dagdelen: [Wissenschaftliche Dienste widersprechen Bundesregierung](#)

22.01.2021 junge Welt, Marc Bebenroth: [Berlin beharrt auf Bombe](#)

22.01.2021 ARD, Kathrin Erdmann: [Auch Japan fehlt - ausgerechnet](#) '

22.01.2021 Pressenza, Atomwaffen wurden verboten - David besiegt Goliath [[Teil 1](#)] [[Teil 2](#)]

26.01.2021 Pressenza, [Gueterres begrüsst das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags](#)

Friedensaktivist*en vor Gericht:

10.06.2020 in Cochem: [Marion Küpker, Stefanie Augustin und Margaretha Bos](#)

07.12.2020 in Cochem: [Dennis DuVall und Margaretha Bos](#)